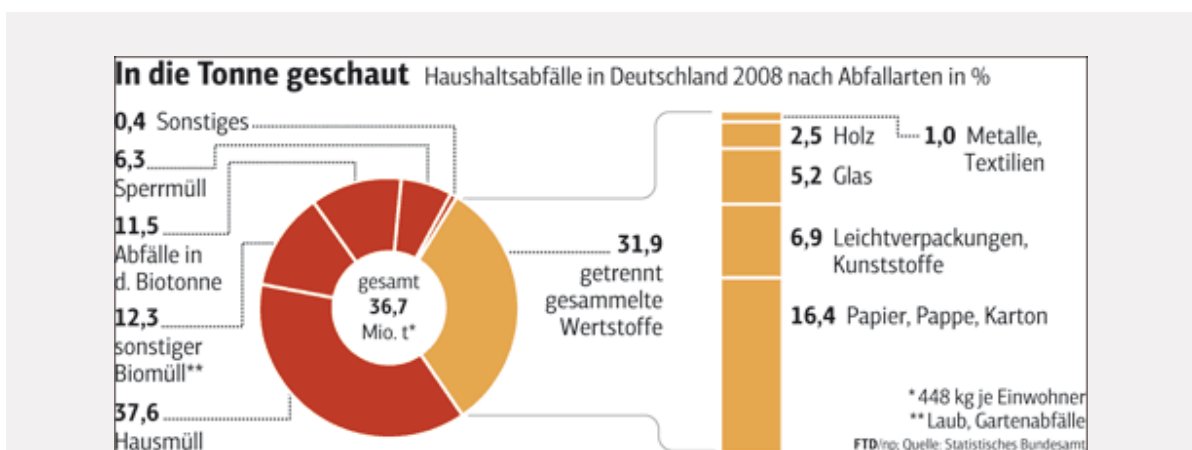


Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

Rohstoffknappheit „Kampf um die Mülltonne“

Zwischen Kommunen und privater Abfallwirtschaft ist ein Streit um Hausmüll entbrannt. Die öffentlichen Entsorger rebellieren gegen Pläne der Bundesregierung, wonach sie künftig den Privaten einen größeren Teil des Geschäfts überlassen müssen.

Bislang ist die Beseitigung des Restmülls Monopol der Städte und Gemeinden. Private Firmen dürfen sich lediglich um den Verpackungsmüll aus den gelben Tonnen oder Säcken kümmern. Wegen der zunehmenden Rohstoffknappheit wird Abfall aus Privathaushalten immer mehr zum begehrten Wirtschaftsgut. Nach einer Studie des Kölner IW-Instituts kamen vergangenes Jahr 14 Prozent der Rohstoffe aus dem Recycling. 1995 waren es noch drei Prozent gewesen. Laut Branchenverband BDE enthält eine Tonne Handschrott 250 Gramm Gold - ein Wert, von dem die meisten Goldminen nur träumen können. Der Umsatz mit recycelten Rohstoffen wird auf knapp 9 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt.



Haushaltsabfälle in Deutschland 2008 nach Abfallarten in %

Der Großteil der Ressourcen befindet sich heute als Restmüll in den grauen Tonnen - und wandert unter kommunaler Regie in die Öfen der Verbrennungsanlagen. Gegenstand des Streits sind Pläne zur deutschlandweiten Einführung so genannter Wertstofftonnen. Anders als bislang beim Grünen Punkt können diese nicht nur Verpackungen wie Joghurtbecher und Käsefolie, sondern etwa auch ausgedientes Spielzeug, alte Radios, Textilien und Holzabfälle aufnehmen.

Wer diese Tonnen aufstellen darf, ist zwischen öffentlichen Entsorgern und Privatfirmen höchst strittig. In Berlin etwa stellte die private Alba-Gruppe den Haushalten ihre „Gelbe Tonne Plus“ vor die Tür und kam damit der „Orange Box“ der Stadtreinigung zuvor. Beide Seiten beharken sich seither mit Verboten und einstweiligen Verfügungen.

Den Kommunen droht durch die private Konkurrenz eine stetige Einnahmequelle über die Müllgebühren wegzubrechen. Erst kürzlich hatten daher mehr als 800 öffentlich-rechtliche Entsorger in einer Resolution gegen das angeblich drohende „Rosinenpicken“ der privaten Wirtschaft protestiert. „Keinesfalls akzeptabel“ sei es, dass „über die Einführung von Wertstofftonnen den Kommunen weiter Hausmüll entzogen wird.“

Die Bundesregierung allerdings winkt ab. „Dem kommunalen Wunsch nach einem faktischen Verbot gewerblicher Sammlungen kann nicht gefolgt werden“, heißt es in einer Stellungnahme des Umweltministeriums, die der FTD vorliegt. Auch mit dem geplanten neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz, das 2011 in Kraft treten soll, wird die Position der privaten Entsorger gestärkt.

Die Bundesregierung setzt damit Vorgaben der Europäischen Union um. Brüssel hatte in einer Richtlinie angemahnt, auch bei Wertstoffen dürfe der freie Warenverkehr nicht eingeschränkt werden. Daher dringt die EU-Kommission darauf, dass gewerbliche Entsorger angemessen am Müllgeschäft beteiligt werden.

Derweil schaffen Kommunen wie Private bereits Fakten. Rund zwei Dutzend Städte, darunter Dortmund, Hamburg, Münster und Saarbrücken, haben die neue Wertstofftonne eingeführt oder stehen kurz davor.

Die rechtliche Basis der öffentlichen Entsorger ist stark. Sie berufen sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juni 2009, in dem es um Altpapier ging. Darin hatten die Richter festgestellt, dass Abfall aus privaten Haushalten grundsätzlich den Kommunen zu überlassen sei. Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums könnte das Urteil mit europäischem Gemeinschaftsrecht kollidieren: „Die erhebliche Verengung der Betätigungsmöglichkeit für gewerbliche Sammlungen ist EU-rechtlich kritisch“, heißt es in der Stellungnahme des Ministeriums.

Fundstelle: